

## NEBELSPALTER

# Weniger oder mehr Demokratie in der Klimapolitik?



16. September 2023 um 12:00



Klimaaktivisten beschliessen, dass ein Notstand eingetreten sei. (Bild: Keystone)

Der Klimaaktivist und Mediensprecher der Gruppe «Renovate Switzerland», Max Voegtli, hat im Interview mit dem «[Nebelspalter](#)» verkündet, dass er trotz Verurteilung sein Verhalten - Behinderung der Bürger, Nötigung und Sachbeschädigung - nicht ändern will. Vielmehr bemüht er die Notstandsklausel. Sie ist jedoch nur anwendbar, wenn die Straftat eine unmittelbare, nicht anders abwendbare Gefahr verhindert wird. Voegtli und seine Gruppe haben autonom beschlossen, der Notstand sei eingetreten und «unsere alltäglichen Spielregeln würden nicht mehr gelten». Die Kommentatoren H&G Suter bemerken treffend, das Parlament werde dadurch zur Stabstelle der Klimaaktivisten degradiert, denen das unwissende Volk zu gehorchen hat.

### **Immer neue Störaktionen durch Aktivisten**

Letzte Woche haben sich zwei Aktivisten in Luzern während eines Konzertes am Dirigentenpult festgeklebt und die Aufführung aktiv gestört. Der Dirigent Vladimir Jurowski unterbrach das Konzert, sprach mit den Aktivisten und erlaubte ihnen, ihre Botschaft des «Klima-Notstandes» zu verkünden.

Werden wir zukünftig mit noch mehr selbsternannten Expertokraten konfrontiert werden, die uns diktieren wollen, was «der Stand der Wissenschaft» und «unser Interesse» seien, ohne uns je gefragt zu haben? Nicht ausgeschlossen.

### **Es gibt demokratische Alternativen**

Glücklicherweise gibt es eine Alternative, mit der jugendlich bewegte Klimakleber auf demokratische Pfade zurückgebracht werden könnten: In diesen Tagen ist ein Buch erschienen mit dem Titel «Mit einem Zukunftsrat gegen die Klimakrise». Eine Gruppe aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft möchte eine dritte Kammer – den Zukunftsrat - neben National- und Ständerat einführen. Diese dritte Kammer soll aus 100 Mitgliedern bestehen und per Losverfahren aus allen Bürgerinnen und Bürgern bestimmt werden. Sie soll das Recht haben, Volk und Ständen Änderungen der Bundesverfassung vorzuschlagen und ein Vetorecht gegenüber Verfassungsrevisionen und Gesetzen haben, welche dem fakultativen Referendum unterstehen. Die Bundesversammlung soll ihrerseits nur mit einem qualifizierten Mehr das Veto überstimmen können. Geplant ist, die Idee eines Zukunftsrates langfristig per Volksinitiative einzuführen, zunächst aber soll auf kantonaler und kommunaler Ebene damit experimentiert werden. Der Zukunftsrat soll seine Themen grundsätzlich selbst auswählen können. Allerdings wäre das erste Thema mit einer «nachhaltigen Klimapolitik» gesetzt.

Damit gibt es einen neuen Anlauf, Losverfahren in der Schweiz zu verankern, nachdem das Volk im November 2021 mehrheitlich die Justizinitiative abgelehnt hat. Diese hatte für die Wahl der Bundesrichter ein sogenannte qualifiziertes Los vorgeschlagen, bei welchem nach einer Vorselektion durch Fachjuristen die Endauswahl per Zufall erfolgen sollte.

### **Deliberation, Beratschlagung und Beurteilung als neuer Pfad**

Die Schweizerinnen und Schweizer konnten damals nicht von den Vorzügen dieses Verfahrens überzeugt werden: Weniger Klüngel bei der Wahl, weniger Überheblichkeit und höhere Unabhängigkeit der Amtsinhaber, sowie breitere Beteiligung qualifizierter und unabhängiger Kandidierender. Beim vorliegenden Vorschlag steht allerdings ein anderer Vorteil im Vordergrund. Es geht um Deliberation, d.h. die Beratschlagung und Beurteilung wichtiger

Themen in einem Gremium, in welchem alle Bevölkerungsschichten statistisch repräsentativ vertreten sind.

Davon sind wir heute weit entfernt. 61 Prozent der Mitglieder des Nationalrats haben einen Hochschulabschluss, gegenüber 27 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Ausgerechnet die SP hat einen besonders hohen Akademikeranteil, nämlich 80 Prozent. Frauen sind nach wie vor unterrepräsentiert, ebenso die jüngere Bevölkerung. Besonders gross ist die Differenz bei den Eingebürgerten. Sie machen 19 Prozent der Bevölkerung aus, sind im Parlament aber nur zu 3 Prozent vertreten. Der Nationalrat ist weit davon entfernt, das Wahlvolk zu repräsentieren. Die direkte Demokratie kann nur bedingt abhelfen. Bei Abstimmungen mit geringer Kampagnenintensität beteiligen sich erheblich weniger bildungsferne und einkommensschwache Schichten.

### **Der Zwang zur verständlichen Kommunikation**

Gegen zufällig ausgewählte Gremien wird eingewendet, ihre Mitglieder verfügten nicht über genügend Kompetenz. Die Justizinitiative hatte deshalb eine vorgelagerte fachliche Vorauswahl der Richter vorgesehen. Bei der vorgeschlagenen dritten Kammer soll es jedoch aus gutem Grund keine Vorauswahl geben. Warum? Erstens würde die faktische Repräsentativität ausgehöhlt werden, die bei der Volksvertretung im Vordergrund steht. Zweitens könnten die Mitglieder des Zukunftsrates genauso wie die heutigen Parlamentarier den Rat von Experten einholen – mit dem Vorteil, dass sich diese Experten gezwungen sähen, verständlich zu kommunizieren. Und drittens wäre die Bevölkerung im Zukunftsrat von Anfang an in den politischen Prozess involviert und nicht erst am Ende, wo man nur noch mit Ja/Nein stimmen kann. Das erhöht die Chancen, dass die beschlossenen Massnahmen operativ auch durchgesetzt werden.

Der Zukunftsrat will das Gegenteil dessen, was die Klimakleber beabsichtigen. Er will Bottom-up-Deliberation fördern und die Top-Down-Politik elitärer Expertokraten verhindern. Mehr statt weniger Demokratie. Würde das Volk diesmal dem Losverfahren zustimmen? Würden die Klima-Bewegten mitmachen? Auf jeden Fall steigen die Chancen, wenn das Losverfahren mit einem Thema verbunden wird, für das sich breite Teile der Bevölkerung engagieren. Es könnten daraus verstärkter demokratischer Effort anstatt Nötigung und elitärer Belehrung erwachsen.